

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 10 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilinddr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 23. Januar 1926

Nummer 6

Nicht erst in den letzten Tagen des Monats, sondern bis zum 25. Januar hat jedergewerbliche Interessent die **Bestellung des „Korr.“ bei der Post** vorzunehmen. Durch Verspätungen erhöht sich der Bezugspreis auf 1,20 M., weil die Post nach dem 25. eines jeden Monats einen Zuschlag von 20 Pf. erhobt. Zustellungsgebühr beträgt 12 Pf.

Stimmungen und Wünsche der Prinzipale

II.

Dem ersten Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins folgten auf dem Gebiete der prinzipalsseitigen Rück- und Ausblicke zur Jahreswende in der „Zeitschrift“ noch weitere elf Organisationsvertreter, die insbesondere als Kreisvertreter des DBV. ihren Stimmungen und Hoffnungen Ausdruck gaben. Im allgemeinen weisen deren Urteile über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Buchdruckgewerbe nur wenig von der stark pessimistischen Auffassung des Herrn Zickfeldt ab, die wir schon in Nr. 4 beleuchtet haben.

Die Lage der Zeitschriften und der Verleger wurde insbesondere durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Herrn Hans Reichel (Braunschweig) ins Auge gefaßt. Er bezeichnete die Kaufkraft im Anfang des Jahres 1925 als eine erfreulich gute, so daß auch der Verlagsbuchhandel als wichtiger Auftraggeber für das Buchdruckgewerbe seine Flügel regen konnte. Die von Unternehmerseite meistens als nebensächlich beurteilte Kaufkraft des Geldes wird also von diesem Prinzipalvertreter in erster Linie für den Buchhandel als ausschlaggebend anerkannt. Daß er diese Erkenntnis dann bei seiner Beurteilung der weiteren Entwicklung der Dinge im vorigen Jahre, die zu einem Nachlassen der guten Konjunktur führte, wieder vergaß und in der Hauptsache nur Exportschwierigkeiten als die Ursache des rückläufigen Geschäftsganges bezeichnete, ist besonders charakteristisch. Daß in Wirklichkeit das Steigen der Preise im Inlande die Kaufkraft des Geldes senkte und infolgedessen auch den inländischen Absatz des Buchhandels verringern mußte, das wird von Herrn Reichel wohl deshalb nicht zugegeben, weil dadurch die Preis- und Lohnpolitik der deutschen Unternehmer als eine der wichtigsten Ursachen der gegenwärtigen Krise ganz besonders hervortreten würde. Er stellt daher nur fest, „daß der Verkauf wesentlich nachließ und die Entlastungen begannen, bis wir zum Herbst v. J. in den Beginn der Wirtschaftskrise eintreten“. Daß weniger der auch während der guten Konjunktur besonders erschwerte Export als die sinkende Kaufkraft des Geldes zu einem Rückgang des Verkaufs und die nach Herrn Reichel anscheinend selbstverständlichen Entlastungen, diese selbst aber wieder zu einer weiteren Schwächung der Kaufkraft führen mußten, das ist zwar volkswirtschaftlich ohne weiteres verständlich, nicht aber vom Unternehmerstandpunkt aus, der solche soziale Rückwirkungen nicht kennt, sondern sie nur als Belastungen registriert und kritisiert. Herr Reichel beklagt die mit Einsetzung der Krise wieder auftretenden Preisunterbietungen in seinen Kollegenkreisen, woraus abermals zu entnehmen ist, daß man in Unternehmerkreisen

die bessere Konjunktur auch zu Konjunkturpreisen ausnützte und statt bei großem Umsatz sich mit geringeren Gewinnen zufrieden zu geben, durch übertriebene Hochhaltung der Preise erst den Beginn der heutigen Wirtschaftskrise ankurbelte. Das alles erkennt Herr Reichel nicht, wenigstens schreibt er davon kein Wort. Infolgedessen ist auch sein Ausblick für das Jahr 1926 sehr trübe. Er fürchtet schwere Rückwirkungen der Krise auf unser Gewerbe und glaubt, daß, solange unser Außenhandel nicht balanciert sei, die Industrie sich den „Luxus“ großer Werbungen nicht leisten könne. Wir dagegen sind der Auffassung, daß, wenn der Außenhandel wieder floriert und sich balanciert, die Industrie noch weniger Ursache als bisher haben dürfte, sich besondere Ausgaben für Werbung oder Reklame zu leisten. Viel richtiger als das unternehmerseitige Streben nach Erhöhung der Ausfuhr scheint uns zunächst die Belegung des Inlandsmarktes. Denn hier gibt es noch mehr als genug Lücken auszufüllen, weit mehr als im Auslande. Und obwohl es recht eigenartig anmutet, daß sogar ein stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Buchdrucker-Vereins große Aufwendungen der Industrie für Werbungen usw. als Luxus beurteilt, so glauben wir dennoch, daß gerade die durch den Druck des Weltmarktes erforderliche stärkere Belegung des deutschen Inlandsmarktes auch eine lebhaftere Werbetätigkeit der deutschen Industrie- und Handelskreise nötig machen wird. Sich diesen Notwendigkeiten gegenüber besonders auf dem Preisgebiet entgegenkommender zu verhalten, scheint uns daher viel zweckmäßiger zu sein als die alle bisherigen Folgen der unternehmerseitigen Wirtschaftsführung geradezu prozozierende Preis- und Lohnpolitik. Herr Reichel scheint zwar persönlich eine gewisse Ahnung von den kulturwidrigen Nachteilen dieser von ihm beleuchteten Wirtschaftsverhältnisse zu haben, denn er schreibt zum Schlusse seiner Ausführungen von der Erfahrung, daß die Kultur den Lebensnotwendigkeiten weichen muß, wodurch gerade der Buchverlag stark gefährdet werde. Leider stellt er diese Erfahrung in den Schatten eines gewissen Fatalismus, weil er jedenfalls nicht zugeben will, daß die Gefährdung der Kultur durch die Lebensnotwendigkeiten lediglich eine Folge der großen Mängel der privatkapitalistischen Wirtschaftsform ist. Daher macht auch dieser Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins in seiner rück- und ausblickenden Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Buchdruckgewerbe genau wie Herr Zickfeldt an jener Stelle einen Punkt, wo das „Geschäft“ aufhört, die sozialen Kulturfragen aber erst ihren Anfang nehmen.

Diese Abstinenz gegenüber sozialen Zeitfragen wäre zur Not von Männern zu verstehen, die als immer noch praktisch tätige Buchdruckereibesitzer mehr oder weniger im persönlichen Banne der wirtschaftlichen Krisenerfahrungen stehen und ihre führende Stellung im Deutschen Buchdrucker-Verein als besondere Belastung ihres Aufgabenkreises empfinden könnten. Um so eigenartiger erscheint es daher, daß der einzige der zwölf Kreisvorsitzenden des Deutschen Buchdrucker-Vereins, der schon längst nicht mehr Inhaber einer Buchdruckerlei ist, wie der Prinzipalvorsitzende des Kreises II (Rheinland-Westfalen) Herr Otto (Godesberg), als „Generaldirektor“ des DBV. im Westen Deutschlands weder von dem einen noch dem andern in seinem Rückblick auf das vergangene Jahr etwas Sachliches in der „Zeitschrift“ zu sagen wußte. Weder von den geschäftlichen Sorgen, die die Herren Zickfeldt und Reichel in den Vordergrund ihrer Rück- und Ausblicke stellten, noch von irgendwelchen sozialen Belangen schreibt Herr Otto auch nur ein einziges Wort. Sein ganzer, etwa 60 Zei-

len umfassender Glückwunsch zur Jahreswende in der „Zeitschrift“ könnte, wörtlich genommen, eigentlich nur als eine persönliche Empfehlung und Beglückwünschung seines Verfassers beurteilt werden. Er hat erkannt, daß Dienst am Ganzen, Dienst an sich selbst bedeutet, und freut sich wie ein Schneekönig über seine Erfolge für sich durch seinen „Dienst am Ganzen“. Er ist der Meinung, daß insbesondere im Kreise II des DBV. der Organisationsgedanke in Prinzipalstreifen eine geistige und praktische Vertiefung erfahren habe, die dem Jahre 1925 das Gepräge gegeben habe. Dabei liegen in Wirklichkeit die Dinge so, daß nach unserer Erfahrung und Beobachtung kein einziger Kreis des DBV. mit so viel „kollegialen“ Vereinbarungen und Verpflichtungsscheinen für seine Mitglieder belastet ist, wie der Kreis Rheinland-Westfalen. Von einer inneren, d. h. auf eigener Überzeugung seiner Mitglieder ruhenden Organisations-treue kann daher in diesem Kreise weit weniger die Rede sein als in jedem andern Kreise. Wir sind sogar der Auffassung, daß die Saat aller „kollegialen“ Abkommen, Vereinbarungen und Verpflichtungsscheine, mit denen der Deutsche Buchdrucker-Verein heute noch mehr als je zuvor Hirten zum Schutz vor Ausbruch errichtet hat, gerade in Herrn Otto (früher Kreisfeld, heute in Godesberg) ihren höchsten Sämann gehabt hat. Das Zustandekommen des sogenannten Abwehrvertrages (gegen die Arbeiterkraft des Gewerbes natürlich) und seine Erweiterung, die Bereitschaft zum Abschluß kollegialer Abkommen und gegenseitiger Bindungen (Unterbindung des freien Wettbewerbs, der Freizügigkeit der Gehilfenschaft, Lohnnivellierung usw.) sind nach Herrn Ottos Ansicht gerade wegen der großen Schwierigkeiten, die auf ihrem Wege liegen, lautstprechende Beweise für das unter seiner Führung gesteigerte „Gemeinschaftsgefühl“ der Prinzipale in diesem Kreise II. Den tiefen moralischen Widerspruch, der darin liegt, daß dieses „Gemeinschaftsgefühl“ in der Hauptsache nur durch Zwang mit hohen Konventionstrafen oder sonstigen wirtschaftlichen Bedrohungen, wie Abwehrverträgen, Abkommen, Bindungen usw., geschaffen werden konnte, fühlt dieser Mann anscheinend nicht mehr. Ihm heiligt der Zweck jedes Mittel. Er bildet sich ein, eine straff organisierte Prinzipalität hinter sich zu haben, steht aber nicht, daß er mit Hilfe der von ihm mit aller Macht zur Anwendung gebrachten Zwangsmethoden die sozialen Gegensätze zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft im Kreise II derart verschärft hat, daß kein einziger Gehilfe in ganz Rheinland-Westfalen für seine Anbelangungen und Unterdrückungsakt gegenüber der Arbeiterkraft auch nur einen Funken Verständnis haben könnte. Und wie weit ihm die Mitglieder des DBV. im Kreise II in hoffentlich bald kommenden Zeiten, wo Herr Otto nicht mehr aus der Not der Arbeiterschaft seine ihn erfreuenden „Erfolge“ schöpfen kann, folgen werden, das steht auf einem andern Blatte. Sicher wird ihm aber die Zukunft beweisen, daß der Dienst am Ganzen etwas ganz anderes ist, als ein fortgesetztes Jonglieren mit Unterbindungen eifrigen Wettbewerbs, der Freizügigkeit der Arbeiterkraft, Lohnabwas usw. Wir bedauern sehr, daß wir nicht in der Lage sind, in den Ausführungen des Vorsitzenden des größten Kreises der Prinzipalsorganisation auch nur einen einzigen Funken zu entdecken, der die Möglichkeit eines verträglichen Ausgleichs der besonders in diesem Kreise bestehenden scharfen Gegensätze zwischen Prinzipalen und Gehilfen aufflackern ließe. In diesem Jahre werden es 25 Jahre, daß Herr Otto offiziell als maßgebender Prinzipalvertreter auf dem Tarifgebiete tätig ist. Immer war er bestrebt, den Gehilfen strengste und weitestgehende Pflichten auf tarifgesetzlichem

Wege aufzubürden; dagegen war das Maß der Rechte, die er den Gehilfen zugestehen wollte, immer so gering und dürftig, daß von einer sozialen Gleichberechtigung niemals die Rede sein konnte. Und dieser Tendenz, die mit dem Namen dieses Prinzipalsvertreters aufs engste verbunden ist, ist es auch zuzuschreiben, daß wohl in keinem Tarifstreik des ganzen Reichs im allgemeinen so scharfe Gegensätze zwischen Gehilfenschaft und Prinzipalität im Buchdruckgewerbe bestehen wie gerade in Rheinland und Westfalen. Unendlich viele soziale Kulturwerte sind dadurch schon in der Entwicklung gehemmt oder zerstört worden. Gerade dadurch sind aber auch die Opfer an Zeit, Geld, Mühe und Verlust im eignen Betriebe für alle Prinzipale im Kreise II, die unter der Führung des Herrn Otto sich dem mit Zwangsvorschriften so überreich belasteten Organisationsleben im DVB widmeten, so groß, weil eben der Widerstand der Gehilfenschaft gegen alle diese Bestrebungen in gleichem Maße an Umfang zunehmen mußte. Und wenn je ein Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins den Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, die Freude an der Arbeit innerhalb der Gehilfenschaft auf ein Minimum reduziert zu haben, so kann die Palme dafür dem Herrn Otto neidlos zuerkannt werden. Das zum Ausdruck zu bringen, ist unsere Pflicht, weil wir es als eine schwere Schädigung und Gefährdung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen des gesamten Gewerbes betrachten, wenn der offizielle Vertreter des größten Kreises der Prinzipalsorganisation im Buchdruckgewerbe in der uneingeschränkten Fortsetzung einer solchen Knebelungstaktik gegenüber allen in Gewerbeangehörigen eine Sammlung befruchtender und beglückender Erfahrungen erblickt, wie Herr Otto dies am Schlusse seines Rückblicks auf das vergangene Jahr gleichzeitig als Ausblick für die Zukunft zur Richtschnur für seine Kollegen empfiehlt. Wie Herr Otto solche Grundzüge mit seiner schon oft betonten christlichen Gesinnung vereinbaren will, ist uns ein Rätsel; es ist Scharfmacherei stärksten Kalibers und damit gleichzeitig Verschärfung statt Milde rung der Klassenverhältnisse, wie dies von keinem andern Prinzipalsvertreter im Rahmen der diesmaligen Rück- und Ausblicke zur Jahreswende auch nur annähernd riskiert wurde.

Das faschistische Gewerkschaftsmonopol

Das Ergebnis der Verhandlungen, die unter dem Vorsitz Farinaccis, des Sekretärs der faschistischen Partei, zwischen den Vertretern des italienischen Industriellenverbandes, d. h. den Abgeordneten Benni und Dinetti, und den Vertretern der faschistischen Korporationen, d. h. den Abgeordneten Rossini und Lucini, stattgefunden haben, gießen das Interesse der Öffentlichkeit und der Presse auf sich. Wie eine offizielle Rundgebung besagt, wurde in diesen Verhandlungen folgendes vereinbart:

1. Der Industriellenverband erkennt die faschistischen Korporationen und die ihnen angeschlossenen Organisationen als die einzig bevollmächtigten Vertreter der Arbeiterschaft an.
2. Die faschistischen Korporationen erkennen den Industriellenverband und die ihm angeschlossenen Organisationen als die einzig bevollmächtigten Vertreter der Industrie an.
3. Alle das Verhältnis zwischen Industrie und Arbeiterschaft betreffenden Verträge sind abzuschließen zwischen dem Industriellenverband abhängenden Organisationen und den faschistischen Korporationen.
4. Die Betriebsausschüsse werden abgeschafft, ihre Tätigkeit wird übernommen durch die jeweilige örtliche faschistische Korporation, die sie aber ausschließlich der jeweils in Betracht kommenden Industriellenorganisation gegenüber ausüben wird.

Die Abschaffung der Betriebsausschüsse und die Übernahme ihrer Funktionen durch die faschistischen Korporationen bedeutet eine ernste Gefahr für die italienische Arbeiterbewegung und nicht minder für die italienische Volkswirtschaft. Den Organisationen der Industrie, die bisher den faschistischen Korporationen aus guten Gründen ablehnend gegenüberstanden und sich das Recht bewahrten, sich mit den Organisationen jeder politischen Färbung (d. h. mit dem Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbund, mit dem italienischen christlichen Gewerkschaftsbund und mit dem dem letzteren angeschlossenen christlichen Organisationen) auseinanderzusetzen, soll kurzerhand das Monopol der faschistischen Korporationen aufgezungen werden. Die Industriellen haben sehr wohl erkannt, welche Bedeutung die Verhandlungen mit den verschiedenen Organisationen für sie und für die Produktion haben. Sie wissen, daß das von den Theoretikern des Faschismus seit langem geforderte Monopol der faschistischen Korporationen eine stagnante Verlegung des freien Koalitionsrechts der Arbeiterschaft und ein gefährlicher Verstoß gegen die starren Gesetze der Wirtschaft und der Produktion ist; sie wissen, daß Kollektiv-

verträge nur dann wirklich wirksam sind, wenn sie mit den authentisch beauftragten Vertretern der Arbeitermehrheit abgeschlossen werden, und daß Zwangsorganisationen der Arbeiterschaft gegenüber machtlos sind. Die Vertreter der Industriellen aber müssen dem Druck weichen, den die faschistischen Organisationen auf sie ausüben, und den wirksam auszuüben, diese in der Lage sind, weil die Regierungspartei hinter ihnen steht. Der Faschismus kann nicht leugnen und leugnet nicht, daß die italienische Arbeiterbewegung genau so wie anderwärts eine zwangsläufig aus der Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse hervorgegangene Erscheinung ist; er will ihr aber Schranken setzen, sie reglementieren und vor allem sie vor keinen eignen Parteitarren spannen. Die Organisationen der Arbeiter können und dürfen aber nur vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus geleitet werden; jede politische Einmischung und Beeinflussung hemmt den Gang der Wirtschaft und führt letzten Endes zu einer Katastrophe. Zu oft schon hat die politische Macht den Beweis geliefert, daß sie unfähig ist, die Faktoren der wirtschaftlichen Organisation zu regulieren, ja daß jeder ihrer Eingriffe die Produktion schwächt, wenn nicht lähmt.

Die Betriebsausschüsse, die in der unmittelbar auf den Krieg gefolgten Zeit eingeführt worden waren und die seit dem Regierungsantritt des Faschismus ein recht problematisches Dasein führen, sind die unmittelbaren Träger des unversähten Willens der Arbeiter, sie überwachen die Einhaltung der Verträge, wie der Staat seinerseits durch die Betriebsinspektionen die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze überwachen läßt. Außerdem gehört zum Wirkungsbereich der Betriebsausschüsse die Auslegung der Verträge und Reglements, die Vermittlung und der Ausgleich von Gegensätzen und die friedliche Lösung aller jener Probleme, die in großen Betrieben mit zahlreicher Beamtenshierarchie täglich aufzutauchen pflegen. Die Ausschüsse bilden das Bindeglied zwischen den Arbeitervertretungen und den Werksleitungen. Die Zahl ihrer Mitglieder schwankt je nach der Anzahl der im betreffenden Werke beschäftigten Arbeiter. Die Voraussetzungen des aktiven Wahrspruchs, die Dauer der Mandate, das Verfahren der geheimen Wahl, alles ist genauestens und strengstens vorgezeichnet. Nach dem Hochkommen des Faschismus wurden in vielen Werken die Betriebsausschüsse abgeschafft, und das Abkommen zwischen den faschistischen Korporationen und dem Industriellenverband soll nunmehr auch diejenigen beinhalten, die noch erhalten geblieben sind; an ihre Stelle sollen die Vertrauensmänner der faschistischen Korporationen treten, die im Grunde nichts sind als pompös aufgemachte Generale ohne Soldaten. Der Zweck, den der Faschismus mit dieser Aktion erreichen will, liegt klar zutage: die Arbeiter, deren Mehrheit den Faschismus schroff ablehnt, sollen auf dem Wege der Ausschaltung der freien Gewerkschaften faschistifiziert werden.

Offen bleibt allerdings die Frage, in welcher Weise den Arbeitermassen täglich eine Vertretung aufgezungen werden könnte, die sie nicht selbst in freier Wahl aufgestellt haben. Mussolini selbst schrieb noch im Mai 1920 in seinem Blette „Popolo d'Italia“: „Niemand darf in Italien daran denken, der arbeitenden Klasse die Rechte, Sicherheiten und Verbesserungen zu entreißen, die sie in Jahrzehnten des Kampfes und der Opfer errungen hat.“ Die Verteidigung der Freiheit der Vertragschließung und des Arbeiterbestandes der Betriebsausschüsse ist heute zu einem brennenden Interesse der Produktion geworden und hinsichtlich des Standpunktes, den die beiden großen Organisationen, der Allgemeine italienische Gewerkschaftsbund und die christlichen Gewerkschaften samt den ihr angeschlossenen sonstigen christlichen Organisationen, gegenüber dem Vorstoß der Faschisten einnehmen, kann kein Zweifel bestehen. Der letzte Ausdruck des Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes weist den faschistischen Versuch glatt zurück, er stützt sich dabei u. a. auf die Bestimmung des Abschnitts XIII des Vertrags von Versailles. Auf Grund dieser Bestimmungen hat der Gewerkschaftsbund das Recht, die internationalen Organisationen, denen er angeschlossenen ist, anzurufen und zum Einschreiten zu veranlassen. Ein energisches Eingreifen des Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbundes liegt also durchaus im Bereiche der Möglichkeit. Der Vertrag von Versailles schützt die Arbeiterorganisation ausdrücklich vor politischem Mißbrauch und er schreibt vor, daß die Arbeiter die Freiheit haben müssen, sich die Organisation, der sie angehören wollen, und die Bevollmächtigten, von denen sie im Falle von Differenzen vertreten sein wollen, selbst zu wählen. Nicht minder energisch ist der Protest des Egeletinausdrucks der christlichen Gewerkschaften, dem die Vertreter der sonstigen christlichen Organisationen zugestimmt haben. Der Ausschuss fordert kategorisch das Recht der Koalitionsfreiheit und er beruft sich auf die christlich-soziale Lehre. Er fordert alle Katholiken auf, einmütig die Stimme zu erheben zur Verteidigung der Freiheit der christlichen Gewerkschaften und ihres Rechts, die Interessen der ihnen anhängenden Arbeiterschaft zu vertreten.

Sämtliche freien Gewerkschaften haben beschloßen, ihre Organisations- und Schutzfähigkeit fortzusetzen. Die Faschisten führen zu ihrer Verteidigung an, daß sie das alte Problem der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung lösen wollen, jener bisher stets gescheiterten Vereinheitlichung, die seit zwei Jahrzehnten Gegenstand des Studiums aller jener ist, die sich mit dem Organisationsproblem befassen. Einer der Hauptgründe des Scheiterns

aller in dieser Richtung bisher unternommenen Verjuche ist die Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den verschiedenen Landesteilen, die Verschiedenheit des Grades der industriellen Entwicklung, die Verschiedenheit der landwirtschaftlichen Methoden, die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse hinsichtlich Erzeugung und Verbrauch. Der Faschismus aber will nun getreu seiner überall angewandten Methode an die Stelle des spontanen freiwilligen Zusammenflusses der verschiedenen Organisationen Gewalt anwenden und er versucht, aus Parteigründen mit Hilfe der Staatsmacht der arbeitenden Klasse und der Industrie sein Organisationsmonopol aufzuzwingen, das allen wirtschaftlichen Gegebenheiten sohn spricht, die allein in allen das seine Uhrwerk der Produktion berührenden Fragen maßgebend sein dürfen.
Rom. Dalmacarnovali.

Zur Lage der ungarischen Gewerkschaften

Nationalversammlung und Regierung in Ungarn, die angeht die durch Teuerung, Arbeitslosigkeit und mangelnde Sozialpolitik verursachten trostlosen Verelendung ein vollkommenes Abgestumpftsein an den Tag legen, begünstigen geradezu ein gegen die Gewerkschaften betätigtes Reflektieren. Reaktionen, mittelalterlicher Geist wirkt jeder fortschrittlichen Bewegung den Fehdehahn nach hin. Während die Gewerkschaften heute fast überall als wirtschaftliche Faktoren und kulturelle Institutionen anerkannt sind, gilt dies für Ungarn nicht, wo einzelne Ministerien planmäßige Maßnahmen der Gewerkschaften als eine ihrer Hauptaufgaben erachten. Ausgesprochen staatliche Aufgaben fördernde Gewerkschaften werden verfolgt. Die Gewerkschaften kämpfen im Interesse der Arbeiterschaft für die staatlidherseits vollkommen vernachlässigte Erhebung ihres geistigen Niveaues. Man scheint ihnen behördlicherseits getadelt deshalb zu großen, weil sie die Arbeiterschaft aus dem Schlamme der Unwissenheit herauszuziehen versuchen, um sie zu sozialen Menschen zu erziehen. Die Gewerkschaften sind in Ungarn noch die einzige Einrichtung, die sich in diesem Lande sozialpolitisch zu betätigen und die schweren staatlichen Unterlassungssünden auszuüben versuchen. Nach den Ermittlungen des Gewerkschaftsrats haben die Gewerkschaften in den ersten zehn Monaten vorigen Jahres Unterstützungsgelder in Höhe von neun Milliarden Kronen ausgezahlt, obwohl diese Hilfsaktion Aufgabe der Nationalversammlung bzw. der Regierung wäre. Die ausländischen Staaten arbeiten zum größten Teil für das Wohl der Bevölkerung mit den Gewerkschaften Hand in Hand, während in Ungarn gerade das Gegenteil geschieht. Die reaktionäre Regierung wirkt beinahe wie eine feindselig gestimmte Arbeitgebervereinsung, die die kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft um jeden Preis zu hintertreiben trachtet. Sie kämpft gegen die normalen Löhne und gegen den Achtfundentag und ist unter keinen Umständen zur Ratifizierung der Abkommen zu bewegen, die in Genf zustande kamen und heute selbst von den Balkanstaaten angenommen sind. Unter Weisfallstundgebungen der Mehrheit wird seitens der Wöllischen, der Agrarier und der Christlichsozialen gegen die Gewerkschaften gehetzt. Anlässlich der Budgetverhandlungen spielte sich unlängst eine wahre Heftkampagne in der Nationalversammlung gegen die Gewerkschaften ab. Die reaktionären Abgeordneten Galston, Gal, Vendvol, Vician haben sich durch ein mittelalterlich reaktionäres Kampfgedanken besonders hervorgetan. Sie folgten von der roten Gefahr und versuchten auf jede Weise die öffentliche Meinung irrezuführen. Ihre Zwischenrufe verrieten Unwissen und Unorientiertheit. Diese Dinge werden jedoch von der Regierung nur begrüßt, da sie ihr Gelegenheit zu erneuten Schikanen gegen die organisierte Arbeiterschaft bieten. Zammervolle Zustände. Ungarn ist heute tatsächlich unter den europäischen Kulturstaaten die Hochburg der Reaktion, Italiens würdiger Doppelpänger. Daher auch die ungarischen Ovationen für Stalin. In Ungarn gibt es keine Vereine, keine Versammlungs- und keine Pressefreiheit. Alles hängt von der Willkür der Regierung und der behördlichen Willkür ab, während sich die Unternehmer zum Schutze ihrer Interessen mit größter Bewegungsfreiheit organisieren können. Bei den Budgetverhandlungen traten unsre Gefinnungsfreunde den überwallenden Angriffen mit größter Energie entgegen und haben im Interesse der sozialen und kulturellen Bestrebungen der Arbeiterschaft eine Fülle von Anträgen eingebracht, die jedoch von der Nationalversammlung samt und sonders verworfen wurden. Es bewahrheitet sich wie kaum wo anders besonders in Ungarn, daß die Arbeiterschaft vollkommen auf sich angewiesen ist. Alle Handlungen der Herrscher-Regierung und ihres Parlaments richten sich gegen das Volk. Sie wollen in vollem Umfange das alte feudalistisch-kapitalistische System wieder einführen, wodurch die arbeitenden Millionen der Willkür von einigen Tausend Familien preisgegeben wären. Die Arbeiterschaft kann und muß aus diesen reaktionären Bestrebungen lernen, wie wichtig und einschneidend es für sie ist, in Anrechnung an ihre Gewerkschaften und im Interesse der machtvollen Erstarkung derselben mit tausendfacher Intensität zu arbeiten. Je heißer die Treibjagd, um so größer sei unsre Arbeitsopferbereitschaft, um so freudiger unsre Begeisterung, mit der wir für neue Kämpfe unsre Kräfte sammeln. Wenn die Zehn- und Hunderttausende der Bewegung gegenüber ihre Pflicht erfüllen, werden die Hege-

samt ihrer Nationalversammlung und ihrer Regierung längt zu moralischen Leiden geworden sein, während unsere Gewerkschaften, Organisationen und andere Einrichtungen für die Millionen des Volkes wirkend, eine machtvolle Volkskultur, Volkswohlfahrt und Freiheit schaffen werden. Auf diese Dinge und alles Restelieben gegen die Arbeiterschaft sei nur das eine gesagt, daß die ungarischen Gewerkschaften für ihre Erstarkung mit noch größerer Anstrengung nun erst recht arbeiten wollen. Denn im Kampfe gegen Reaktion und Kapitalismus sind auch in Ungarn die Gewerkschaften das einzige Bollwerk, und es wird alles daran gesetzt, sie zu wahren Kampforganisationen zu gestalten.
 Berlin. U. B.

Korrespondenzen

München. Am 4. Dezember fand eine Versammlung statt, die wieder sehr gut besucht war. Vorsitzender Reichardt konnte wieder zwei Kollegen beglückwünschen, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken können. Er stellte dabei fest, daß nunmehr im Bezirk 100 Jubilare vorhanden sind. Im Anschluß hieran wurde beschlossen, in Zukunft alle Jubilare, die 40 Jahre dem Verband angehören, photographieren zu lassen und in einem Album zu sammeln. Zurzeit kommen 20 Jubilare in Betracht. Weiter wurde beschlossen, neben der vom Gau- und Verbandsvorstand zu gewährenden Weihnachtsunterstützung noch außerdem 250 M. an die bedürftigen Witwen und Invaliden zu verteilen, und für die Kinder einen Weihnachtsmärchenabend zu veranstalten. Nachdem Vorsitzender Reichardt noch einen instruktiven Vortrag über das Lohnsteuergesetz gehalten hatte, wobei er die Hoffnung ausdrückte, daß es bald gelingen möge, dasselbe so zu gestalten, daß wir in puncto „soziale Abzüge“ nicht mehr an letzter Stelle (gegenüber allen anderen Ländern) stehen, wurden die Vorschläge für die im Januar stattfindende Vorstandssitzung genehmigt, die ergab, daß alle Vorstandsmitglieder bereit sind, weiter zu amieren. Es folgten noch die Entgegennahme des Ratgeberberichts sowie mehrere Mitteilungen über Tarifisches und Druckereianglegenheiten.

Breslau. In unserer Versammlung am 8. Dezember hielt nach Aufnahme zweier Mitglieder Herr Verwaltungsdirektor Reichardt von der Allgemeinen Ortskrankenkasse ein Referat über das Thema: „Was muß der Versicherte von der Krankenkasse wissen?“ Da vor einigen Wochen eine Erhöhung des Beitrages neben gleichzeitiger Herabsetzung der Leistungen Platz gegriffen hatte, gewann das Thema doppeltes Interesse, was allerdings einen größeren Kollegenkreis hätte auf den Plan rufen sollen. Nach eingehender Darlegung der Zusammenhänge schilderte der Referent in umfassender Weise die Aufgaben und Leistungen der Kasse, die einzelnen Zweige der Unterstellungen und ihr Verhältnis zu den Ertrags-, Betriebs- und Innungskrankenkassen. Er betonte ferner die Schwierigkeiten seitens der Ärzteschaft, indem sie Forderungen aufstellte, die über ein verständliches Maß weit hinausgingen. Zum Schluß hob Reichardt die mit der Spitze der deutschen Großstädte stehenden Krankenhäuser hervor, die im höchsten Grade zu den hier im Osten (Wirtschaftsgruppe III) gezahlten Löhnen stehen. In der sich anschließenden regen Diskussion kamen noch verschiedene Fragen zur Klärung. Da das seitens Breslau geplante Gau-Jubiläum anlässlich des 60jährigen Verbandsjubiläums leider nicht zustande kommt, wurde einstimmig beschlossen, das Jubiläum 1928 hier in Breslau zu feiern. Die Weihnachtsunterstützung für die Arbeitslosen wurde auf 15 M. für die Invaliden und bedürftigen Witwen verstorbenen Kollegen auf 10 M. festgelegt. Der anstehenden Arbeitslosigkeit soll durch restlose Durchführung des Achtstundentages begegnet werden.

Dresden. Unsere Versammlung am 9. Dezember brachte als ersten Tagesordnungspunkt einen Vortrag des Gauvorsitzers Freitag über: „Lehrlingsordnung und Organisation“. Den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte eine kurze Ansprache. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Ablauf des Lohn- und Manteltarifs“, gab Kollege Freitag einen kurzen Überblick über die wirtschaftspolitische Lage, ausgehend von der Zeit des Abflusses des Manteltarifs und des Lohnabkommens. Die wirtschaftlichen Nöte lasten aus gegenwärtig noch schwerer auf der arbeitenden Masse, trotzdem findet ein großer Teil davon den Weg nicht zu den Gewerkschaften. Diese Tatsache nützt die als einzige „Einheitsfront“ zusammengeschlossene Unternehmerchaft gehend aus. Die politischen Verhältnisse zeigten erst recht ein trübseliges Bild der Zukunft, so daß alles daran gesetzt werden müsse, die Gewerkschaften insgesamt zu stärken, da diese nur dann in der Lage sind, die wirtschaftlichen Interessen nachhaltig zu vertreten. Einige Oppositionsredner drehten zum Unbehagen der Anwesenden die neue Parolenwache mit der alten Musik aus Moskau. Keinerlei Vorschläge oder Anregungen konnten sie machen, was ihnen von den übrigen Debattierern geblühend angestrichen wurde. Zum dritten Punkt: „Verbandsangelegenheiten“, wurde die Ortskrankenkassenwahl jedem Kollegen ins Gedächtnis gesetzt. Verschiedene Mitteilungen bildeten den Schluß der Versammlung.

H.-r. Gau Mittelrhein. Am 19. und 20. Dezember v. J. fand in Mannheim eine Bezirksvorsitzerkonferenz statt, die eine äußerst reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Gauassessor Rasft eröffnete am Sonnabendnachmittag in Vertretung des Kollegen Conradi, der erst später von der Gauvorsitzerkonferenz zurückkehrte, unter herzlichem Begrüßungswort die Konferenz. Außer den zwölf Bezirksvorsitzenden waren die Vorsitzenden der Ortsvereine Grünstadt, Limburg und Zweibrücken sowie als Gäste die Bezirksassessor von Darmstadt und Wiesbaden erschienen. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen behandelte Kollege Rasft in großartiger Weise die vom vorjährigen Goutag der Konferenz zur Erledigung übertragene Neueinteilung der Bezirke und betonte, daß nur organisatorische und agitatorische Gründe den Gauvor-

stand bewogen hätten, eine andre Bezirkseinteilung vorzunehmen, dabei zugleich die Bedenken der in Frage kommenden pfälzischen Bezirke und Orte zerstreut. Nach einer fast sechsstündigen, teilweise sehr erregten Debatte wurde der vorliegende Entwurf des Gauvorstandes — trotzdem die bei der Neueinteilung beizubehaltende Vertretung des großen Bezirke bei der Abstimmung nicht mehr anwesend sein konnte — mit sechs gegen fünf Stimmen (nach der Mitgliederzahl im 3. Quartal 1746 zu 652) angenommen. Der Bezirk Worms bleibt unter Zuweisung einiger Druckorte aus den Bezirken Darmstadt und Mannheim bestehen. Vom 1. Januar 1928 an werden die Bezirke Landau, Pirmasens und Speier aufgehoben und den Bezirken Neustadt, Kaiserslautern und Ludwigshafen zugeteilt. Ferner wird die Mitgliedschaft Grünstadt vom Bezirk Ludwigshafen abgetrennt und dem Bezirk Neustadt angegliedert. Gegen 12 1/2 Uhr nachts wurde der erste Verhandlungstag geschlossen. Am Sonntagvormittag berichtete Kollege Conradi in ausführlicher Weise über den Ausgang der Lohnverhandlungen und die im Anschluß an diese abgehaltene Gauvorsitzerkonferenz. Wenn in der Diskussion die Anwesenden sich mit dem vom Reichsgericht abgelehnten Schiedspruch abfanden, so nicht deshalb, weil sie die derzeitige Löhne als zum Leben ausreichend erachteten. Der Entwurf der neuen Verfügungen fand die Zustimmung der Konferenz und wird als Antrag der letzteren dem nächsten Goutag zur Beschlußfassung vorliegen. Wiesbaden wurde als Tagungsort des Goutages im Jahre 1928 bestimmt. Die Festlegung des Termins wurde dem Gauvorstand überlassen, jedoch soll die Abhaltung an Feiertagen auf allgemeinen Wunsch vermieden werden. Die im Anschluß an das Referat des Kollegen Conradi über die Lehrlingsordnung einsetzende Diskussion bewegte sich in der Hauptsache dahin, daß alles gelassen müsse, um die Lehrlingsordnung so bald als möglich unter Dach und Fach zu bringen. Nachdem unter „Verschiedenes“ noch die Tätigkeit der Lehrlingsabteilungen besprochen und verschiedene Anfragen erledigt worden waren, ließ Kollege Conradi die gefassten Beschlüsse kurz Renue passieren, dabei dem Wünsche Ausdruck gebend, daß besonders die Neueinteilung der Bezirke das Verständnis der in Frage kommenden Bezirke und Orte finden möge. Mit dem Dank an die anwesenden Funktionäre für die sachliche Behandlung aller aufgetauchten Fragen verband der Vorsitzende die Bitte, sich nun auch für die gefassten Beschlüsse einzusetzen und den Geist, der hier geherrscht, in die Versammlungen zu tragen, denn Disziplin sei das Fundament jeder Gewerkschaft. Kurz nach 4 Uhr fand die Konferenz ihr Ende. — Die im Saale ausliegenden Entwürfe für eine müßtergültige Renuejahrkarte für den Gau fanden allgemeine Anerkennung.

Den Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr'!

50 jährige Verbandsjubiläen
 Seher Eudard Jäger, geboren in Nürnberg.
 Zeit Invalid.
 Schriftgießer Emil Krause, geb. in Berlin. jetzige Kondition: W. Woelmerische Schriftgießerei in Berlin.
 Invalid Franz Schlotmann, geb. in Kostol.

Allgemeine Rundschau

Heinrich Huber †

In Mannheim verstarb in den Vormittagsstunden des 19. Januar nach langem und äußerst qualvollem Leiden im fast vollendeten 71. Lebensjahre Kollege Heinrich Huber. Der Verstorbene war langjähriger Kassierer des Gaues Mittelrhein, welches Amt ihm im Jahre 1897 auf dem Goutag in Neustadt a. d. S. übertragen worden war. Nachdem Kollege Haas (Mainz) wegen Inanspruchnahme durch sein Landtags- und Stadtverordnetenamt eine Wiederwahl als Gauvorsitzer abgelehnt hatte, wurde Kollege Wenzel (Ludwigshafen) für dieses Amt gewählt, und der Gauvorort kam infolge dessen von Mainz nach Ludwigshafen-Mannheim. Kollege Huber versah zunächst seinen wichtigen Vertrauensposten über ein Jahrzehnt nebenamtlich. Erst dann wurde er, da die Arbeit im Nebenamt nicht zu bewältigen war, als Gauassessor angestellt. Bis zum Jahre 1923 verwaltete Kollege Huber getreulich sein Amt. Vom 1. April 1923 an, dem Tage seines 60jährigen Verbandsjubiläums, machte er auf Veranlassung des Gauvorstandes von dem ihm durch den Goutag 1922 anlässlich seines 25jährigen Gauassessorjubiläums eingeräumten Rechte des Ruhestandes Gebrauch. Jedoch nicht lange hat sich unser allseitig beliebter Kollege Huber, der ein überaus ehrlicher Funktionär und ein treuer Verwalter des ihm anvertrauten Gutes gewesen war, des wohlverdienten Ruhestandes erfreuen können. Mehr und mehr umnachtete sich sein Gemütszustand und schließlich trat zum geistigen Verfall noch der körperliche hinzu. Unter solchen Umständen war der Tod dem allzeit getreuen Manne und braven Verbandskollegen ein Erlöser. Mit Heinrich Huber ist wieder einer von der alten Garde des Verbandes dahingegangen, die schon frühzeitig die Notwendigkeit festen organisatorischen Zusammenflusses erkannte und an dieser Erkenntnis in unwandelbarer Treue festgehalten haben. Sein Andenken bleibt in Ehren!

Nachnamenswerte Beispiele. Buchdruckerbesther Hermann Bremer in Eldorf (Holtzheim) brachte an sein Personal zu Weihnachten Zuwendungen von je 20 M. und Zigaretten zur Verteilung. Bereits zu Pfingsten erhielt das Personal Zuwendungen von je 15 M. — Wie im Vor-

jahre, bereitete auch diesmal die Buchdruckerlei Gebz. Daemlich (Inhaber Fr. Wilh. Mohr, Siegburger Zeitung) [Kreisblatt] in Siegburg ihrem Gesamtpersonal eine Weihnachtsgabe durch Zuwendungen von je 20 M. und Geschenken in Badminton und Zigaretten. Ein Jubilar (25jährige Berufstätigkeit) wurde von seinen Kollegen durch Übergabe einer goldenen Uhr mit Widmung und vom Firmeninhaber durch ein namhaftes Weihnachtsgeschenk geehrt. — Auch letzte Weihnachten erhielt das technische Personal des „Habelschwerdters Tagesblatts“ in Habelschwerdt (Schles.) entsprechende Geschenke. Deswegen das Personal der dortigen Druckerei von Franz Buchhandlung. — Die Firma Moser in Stenbal bewilligte ihren Gehilfen zu Weihnachten eine Gratifikation von je 50 M., der Anlegerin 85 M. Die dortige Firma „Der Kämmerer“ spendete jedem Beschäftigten einen Gutschein über 10 M.

Bibelfuhr nach Rußland. Nach einer Mitteilung der amerikanischen Bibelfuhrgesellschaft hat die Sowjetregierung, die seit den letzten fünf Jahren die Einfuhr von Bibeln nach Rußland bis auf wenige Ausnahmen verboten hatte, jetzt die Genehmigung für den Druck einer erheblichen Anzahl von Bibeln in den Regierungsdruckereien in Moskau und Reningrad erteilt.

10 000 Bilder auf einer Glasplatte. Über ein neues Verfahren zur Herstellung kleinster Mikro-Photographien hat Dr. Goldberg auf dem Internationalen Photographischen Kongress in Paris nähere ausführliche Mitteilungen gemacht. Wie in „Reclams Universalium“ berichtet wurde, ist es auf diese Weise möglich, den Inhalt von etwa 10 000 Bildern zu je 100 Seiten auf einer Glasplatte von 9 x 12 Zentimeter auf photographischem Wege zu reproduzieren. Die Schrift kann natürlich nur mit Hilfe des Mikrostops gelesen werden. Wenn diese aus höchste gesteigerte Verkleinerung heute auch nur wissenschaftlichen Wert hat, so ist es doch denkbar, daß einmal praktische Anwendungen für das graphische Gewerbe daraus gezogen werden.

Eine wichtige arbeitsrechtliche Entscheidung. Zu der bisher umstrittenen Frage: Wie lange gilt die Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrages? fällt das Landgericht Koburg am 25. November v. J. ein Urteil von erheblicher praktischer Bedeutung. Der „Grundstein“ brachte in seiner Nummer vom 9. Januar eine Darstellung des Klagefalles. Danach hatte eine Anzahl Bauarbeiter auf Zahlung des Tariflohnes geklagt, obwohl der allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag abgelaufen war. Das Gewerbegericht Koburg stellte sich auf den Boden der Vertagstheorie, derzufolge die Wirkung der Allgemeinverbindlichkeit mit dem Erlöschen des Vertrages von selbst aufhört, und wies die Klage ab. Das darauf angerufenen Landgericht dagegen erklärte die Vertagstheorie für richtig und verurteilte den Unternehmer zur Zahlung des Vertragslohnes. Die Vertagstheorie besagt, daß die Bestimmungen des Tarifvertrages auch nach dessen Ablauf weiter gelten und nur durch die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit außer Kraft gesetzt werden können. Das Landgerichtsurteil stützte sich auf eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 30. September 1921 und führte u. a. aus: „Die Parteien, die den Tarifvertrag geschlossen haben, können trotz der Allgemeinverbindlichkeit den Vertrag aufheben. Allein, mag der Tarifvertrag durch die im Vertrag vorgesehene Kündigung oder durch Ablauf der im Vertrag bestimmten Zeitdauer endigen, so wird dadurch die Allgemeinverbindlichkeit nicht berührt.“ Weiter wird in dem Urteil dargelegt, daß sich die Allgemeinverbindlichkeit nur auf die Normallohnbestimmungen über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen erstreckt. „So wird es auch verständlich, daß das Gesetz selbst wohl Bestimmungen über den räumlichen und beruflichen Geltungsbereich der Allgemeinverbindlichkeitserklärung enthält und auch bestimmt, daß der Beginn der Allgemeinverbindlichkeitserklärung festzusetzen ist, aber nichts darüber sagt, wann die Allgemeinverbindlichkeit endigt. Hieraus folgt keineswegs, daß die zeitliche Wirksamkeit der Allgemeinverbindlichkeit von dem Willen der Tarifparteien abhängig ist und mit dem Ablauf des Tarifvertrages zwischen den Parteien endet. Wenn die Allgemeinverbindlichkeitserklärung eine Rechtsnorm und ein Akt der Gesetzgebung ist, so ist es selbstverständlich, daß die so lange besteht, als sie nicht von derselben Stelle, die sie erlassen hat, aufgehoben wird. ... Durch die der Allgemeinverbindlichkeit beigelegte Gesetzeskraft soll vermieden werden, daß mit dem Ablauf eines Tarifvertrages, mit dem in der Regel heftige Kämpfe um die neuen Tarife und Lohnbestimmungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einsehen, ein tarifloser Zustand entsteht, der die Arbeitnehmer der Willkür der Arbeitgeber aussetzt und den wirtschaftlichen Frieden und damit das allgemeine Staatswohl gefährdet.“ Das Koburger Landgerichtsurteil bildet im gegenwärtigen Stadium des Wirtschaftslebens einen Schutz für die Arbeiter solcher Gewerbe, in denen die Unternehmer allgemeinverbindliche Tarifverträge zu dem Zwecke kündigen, einen Lohnabbau vorzunehmen.

Christliche Gewerkschaftsführer und Rechtsradikalismus. Unter dieser Schlagmarke berichteten wir bereits in Nr. 103 des vorigen Jahrganges darüber, in welcher enger Fühlung einzelne Führer der christlichen Gewerkschaften seit langem mit rechtsradikalen Kreisen stehen und mit diesen arbeiten. Neuerdings hat nun die Feststellung des Berliner Politgespräbiums, daß der christliche Zentralverband der Landarbeiter Geldmittel von der Verehrung der deutschen Arbeitgebersvereinerung geborgt hat, um dem wegen Anklage der Fememorde im Gefängnis sitzenden Organisator der „Schwarzen Reichswehr“, Oberleutnant Schulz, beizustehen, dazu geführt, daß die beiden Vorsitzenden des christlichen Landarbeiterverbandes, die beruflich nationalen Abgeordneten Wehrns und Weyer, ihre Vorstandsämter niederlegten, „bis die Angelegenheit restlos geklärt ist“. In einer Erklärung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wurde von dieser Antantehaltung Kenntnis gegeben, unter gleichzeitiger Abkündung von der bisherigen Leitung des Landarbeiterverbandes. Bis zur restlosen Klärung der für die christliche Gewerkschaftsbewegung höchst blamablen Sache sollen zwei Bevollmächtigte des Gesamtverbandes die Aufsicht über den christlichen Landarbeiterverband übernehmen.

Briefkasten

W. C. in D. und O. in E.: Wird aufgenommen. Frd. (Fr. ...)

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chausseestraße 51. Fernruf: ...

Adressenveränderungen

Hab. H. in B. ...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die betreffende Adresse):

Anzeigengebühren: die festschwebende Nonpareillezeit 20 Pfennige für die Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und für Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 80 Pfennige.

Anzeigen

Annammeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postsparkonto Berlin NW Nr. 26810

Vereinigung Berliner Rotationsdrucker und Verein Berliner Drucker

Samstag, den 31. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Räumen des ...

Film-Vortrag

der Schnellpressfabrik König & Bauer M.G., Witzburg-Str. 11.

Verein Leipziger Drucker

Dienstag, den 26. Januar, abends 9 Uhr, im Restaurant „Harmonie“, Rathausstraße 9.

Erste Zusammenkunft der Teilnehmer am Juristkursus für Wert-, Platten- und Illustrationsformen

Hochfeine Küchervaren und Marinaden beziehen Sie von mir sehr günstig!

- Feinste Marmelade, je Kiste 4 1/2 netto Inhalt 1,80 bis 2,00 M.

Baltische Fischindustrie, Ekernförde a. d. D. See.

Zwecks Überlieferung in meinen Druckereldebau benötigte ich einen

Umzugsmonteur

In Frage kommen drei Schnellpressen, eine Doppelschnellpresse für Zeitung, zwei Typographenmaschinen, Ziegel und sonstige

Münchenbergschreibereiz Zeitung, Nikolaus Günther, Münchenberg i. Ban.

Jünger vorwärtsstrebender Linotypsetzer

(Anfänger), mit der Maschine und deren Pflege gut vertraut, sucht sofort

Linotypsetzer

D. Pindler (langjähriger, tüchtiger Typograph), sucht Stelle

Notationsmaschinenmeister

30 Jahre alt, guter Kenner von Notations-, Notations-, Spezialmaschinen und Stereotypen, gute Auslands-

Maschinenmeister

allerlei, selbständiger Kraft, bewandert in farbigen Linotyp-

Linotypsetzer (D. u. A.)

Wünscht in ein. fests. Tätigk. Zeugnissabstr. und Vorh. ansprechen an

Pleierische Hofbuchdrucker, Hiltburg-Str.

Am Van Zeylingen 1. der Sezer Ernst Ehrhardi geb. in ...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Daunderverwaltung. Das Verbandsbuch für den Sezer Karl ...

Waden-Waden. Der Schriftleiter W. Sohn im August 1923 in ...

Hof 1. Van. Am 11. Januar erhielt der Kollege Wilhelm ...

Planen 1. Die Ausgabe der Zeitschrift für den ...

Am 13. Januar verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber ...

Herzlichen Dank allen lieben Kollegen, die mir aus Anlaß meines ...

Werkzeugkasten Werkzeugkasten mit allen ...

Gummidruckwerkzeugkasten Gummidruckwerkzeugkasten ...

Willie Musik treiben - Muße Dörfl schreiben

Musikinstrumente für Streiche- und Haus ...

Sprachentundig. Kollegen weidre reellen, freundschaftl. ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege, der ...

Wühner. Die Drucker Richard Wegmann (Hauptbuch-

Veranstaltungskalender

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...

Hiltburg. Weitzschauptversammlung Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr im ...